

AZ: ZCo/ne/20.1/sz

**Drucksache Nr.: 1065/2008/DS**

=====

Beratungsfolge	Termin	Status	Behandlung
Hauptausschuss	27.11.2012	Ö	Kenntnisnahme
Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss	05.12.2012	Ö	Vorberatung
Ratsversammlung	11.12.2012	Ö	Endg. entsch. Stelle

**Berichterstatter:**

Oberbürgermeister Dr. Tauras / Stadtrat  
Dörflinger

**Verhandlungsgegenstand:**

**Haushaltssatzung 2013 / 2014 und  
Haushaltsplan mit Anlagen**

**A n t r a g :**

Die Haushaltssatzung 2013/2014 mit Haushaltsplan und Anlagen wird beschlossen.

**Finanzielle Auswirkungen:**

Siehe anliegende Unterlagen

## **Begründung:**

Für die Beratung des Doppelhaushaltes 2013 / 2014 wird der Entwurf der Haushaltssatzung 2013 / 2014 mit Anlagen vorgelegt. Im Einzelnen umfasst der Haushaltsentwurf folgende Bestandteile:

### **Band 1 (blaue Heftmappe)**

#### **Teil A**

- Haushaltssatzung 2013 / 2014
- Vorbericht
- Anlagen

#### **Teil B**

- Ergebnisplan
- Finanzplan
- Übersichten über Erträge und Aufwendungen sowie Einzahlungen und Auszahlungen
- Teilpläne

### **Band 2 (rote Heftmappe)**

#### **Teil C**

- Anlage Beteiligungen der Stadt Neumünster

Der Stellenplan (Teil D) wird gesondert vorgelegt und beraten.

## Informationen zum Haushalt 2013 / 2014

### 1. Allgemeine Entwicklung der Kommunalfinanzen

- *Kommunale Erträge insbesondere durch Gewerbesteuer verbessert*
- *Ertragssteigerungen mildern den Anstieg der Aufwendungen allerdings lediglich ab*
- *Eigene Konsolidierungsmaßnahmen müssen durch strukturelle Veränderungen in der Finanzierung der Kommunen unterstützt werden*

Die Kommunen haben in Deutschland im Jahr 2011 von der verbesserten konjunkturellen Lage profitiert und wieder höhere Erträge erzielt. Zurückzuführen ist die Reduzierung der Defizite zu gut einem Drittel auf die Zuwächse aus der Gewerbesteuer. Nach ersten Berechnungen der kommunalen Spitzenverbände beträgt das Defizit der Kommunen im Jahr 2011 trotzdem noch 2,5 Milliarden Euro. Die öffentlichen Haushalte erholen sich damit von den Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise.

Problematisch ist vor allem das Niveau der Kassenkredite. Das sind Kredite, die im Rahmen des Ergebnishaushaltes aufgenommen werden, um laufende Verwaltungsaufgaben vorzufinanzieren (vergleichbar mit dem Dispositionskredit im privaten Bereich). Laut Deutschem Städtetag belaufen sich diese kurzfristigen Kassenkredite mittlerweile auf 44,3 Milliarden Euro. Sie haben sich damit innerhalb von zehn Jahren mehr als vervierfacht. Ein kurzfristiger Rückgang der Kassenkredite ist nicht zu erwarten; ursächlich sind die weiterhin strukturell defizitären Haushalte und Aufgabenlasten in vielen Städten. Beschriebene Ertragssteigerungen und eigene Konsolidierungsmaßnahmen reichen weiterhin nicht aus, neue Aufgaben oder aus Leistungsgesetzen resultierende Aufwandssteigerungen aufzufangen; sie werden lediglich abgemildert.

Neben eigenen Konsolidierungsmaßnahmen bleibt es daher zwingend erforderlich, auf stabilere Einnahmequellen und eine Entlastung der Kommunen bei den übertragenen Pflichtaufgaben und Aufgaben nach Weisung zu drängen.

## **2. Entwicklung in Neumünster**

- *Prognose der mittelfristigen jährlichen Fehlbedarfe von 26 Mio. Euro zum Zeitpunkt vor Beschlussfassung der Haushaltskonsolidierung verbessert sich auf 14,5 Mio. Euro*
- *Der Anstieg der aufgelaufenen Defizite ist weiterhin rückläufig*
- *Strukturelles Defizit ist weiterhin vorhanden*

Zum Zeitpunkt der Beschlussfassung des Haushaltskonsolidierungsprozesses (Drucksache 0668/2008/DS RV 30.11.2010) ging die Stadt Neumünster in der mittelfristigen Finanzplanung von einem durchschnittlich jährlichem Fehlbedarf für die Jahre 2009 bis 2013 von rd. 26 Mio. Euro ohne Sondereffekte aus Liegenschaftsveräußerungen aus (struktureller Fehlbedarf).

Aktualisiert um die vorläufigen Jahresergebnisse der Jahre 2009, 2010 und 2011, den Nachtrag 2012 und die geplanten Fehlbedarfe der Jahre 2013/2014 ist die Prognose des durchschnittlichen strukturellen Fehlbedarfs für die Jahre 2009 – 2014 auf 14,5 Mio. Euro gesunken.

Das Eigenkapital wird durch diese gebremste Entwicklung langsamer verzehrt als ursprünglich vorgesehen (Prognose 2009 für 2014 = Eigenkapital 15 Mio. Euro, aktuelle Prognose für 2014 = Eigenkapital 60 Mio. Euro).

Die Fehlbeträge bzw. Fehlbedarfe müssen auf die aufgelaufenen Defizite immer noch aufgeschlagen werden (aktuelle Prognose für 2014 = 100 Mio. Euro), wenngleich auch festzuhalten bleibt, dass bei einer noch im Jahr 2009 ungebremsten Entwicklung ein Bestand in 2014 von rund 222,6 Mio. Euro zu verzeichnen gewesen wäre.

Die ansteigenden Defizite machen deutlich, dass die Stadt Neumünster weiterhin negative Ergebnisse verzeichnet. Die Verbesserungen von Fehlbedarfs- und Eigenkapitalprognosen zeigen jedoch auch, dass durch konsequente Konsolidierungsbemühungen die vor dem eingeleiteten Haushaltskonsolidierungsprozess prognostizierten Verschlechterungen deutlich abgemildert werden konnten.

### **3. Planungsverfahren Haushaltsaufstellung 2013/2014**

- *Aufgabenbezogene Vereinbarung von Planungstendenzen (-zielen)*
- *Analysen und Anpassungen bereits während des Planungsprozesses*
- *Anpassungen nach Planungsabschluss nur in Einzelfällen*
- *Haushaltsbeschluss vor den anstehenden Haushaltsjahren möglich*
- *Nachträge auf wesentliche Einzelsachverhalte begrenzt*

Profitierte bereits das Aufstellungsverfahren für den Haushalt 2011/2012 von den mit Beginn des Jahres 2010 geschaffenen verwaltungsinternen Strukturen (Arbeit mit Prognosen, Berichten und Chefgesprächen zwischen Verwaltungsvorstand und Fachdienstleitungen), konnten die Prozesse zur Haushaltssteuerung in den Jahren 2011 und 2012 zeitlich und inhaltlich weiter optimiert werden.

So konnten aufgrund der Daten des eingeführten Berichtswesens bereits Chefgespräche vor Planungsbeginn geführt werden. Vorliegende Finanzentwicklungen unter Einbezug dokumentierter Risiken und Chancen zukünftiger Jahre ermöglichten die frühzeitige Vereinbarung von Planungstendenzen für die Jahre 2013/2014 zwischen Fachdienstleitungen und Verwaltungsvorstand.

Fanden früher Prüfungen der Planungsergebnisse erst nach Abschluss der Planungen statt, konnten durch die vereinbarten Planungstendenzen bereits während des Planungsprozesses permanente Analysen durchgeführt werden. Abweichungen konnten erkannt und angepasst werden.

Um die Belastbarkeit und Plausibilität der Planungen weiter zu erhöhen, wurden erstmals auch fachdienstübergreifende Haushaltsgespräche geführt. So wurden beispielsweise für die Veräußerungen von Gewerbeflächen auch die zugehörigen Erschließungs- und Ausgleichmaßnahmen unter Beteiligung aller Verantwortlichen in verschiedenen Varianten inhaltlich koordiniert geplant und nach Abstimmung mit dem Verwaltungsvorstand in den Haushaltsentwurf eingestellt.

Diese Verfahrensoptimierungen waren ursächlich dafür, dass Anpassungen nach Abschluss der Planungen auf Einzelfälle bzw. neu aufgetretene Sachverhalte reduziert werden konnten.

Im Ergebnis kann so der Selbstverwaltung ein Haushaltsbeschluss vor den anstehenden Haushaltsjahren ermöglicht werden.

Resultat ist die mögliche Beschränkung von Nachtragshaushalten auf wesentliche Einzel-sachverhalte. Dies ist zu begrüßen, da der verwaltungsinterne Aufwand zur Erstellung eines Nachtragshaushaltes sich nicht nennenswert von dem einer regulären Haushaltsaufstellung unterscheidet. Ggf. sind die Verfahren weiter in Richtung eines Einjahreshaushaltes zu optimieren und mit der Selbstverwaltung abzustimmen.

#### **4. Ergebnisse und wesentliche Entwicklungen**

- *Höhere Erträge sorgen für eine Abschwächung von Fehlbeträgen*
- *Liegenschaftsergebnisse durch Veräußerung von Gewerbeflächen*
- *Geplante strukturelle Last insbesondere durch Konsolidierungsmaßnahmen gesenkt*

Der Abschluss der Planung ermöglicht das Einbringen eines Haushaltsentwurfes mit Fehlbedarfen im Ergebnisplan von rund

**8,7 Mio. Euro für 2013**

**7,9 Mio. Euro für 2014**

und einem Saldo aus Investitionstätigkeit im Finanzplan von rund

**12,7 Mio. Euro für 2013**

**20,2 Mio. Euro für 2014.**

Zur verbesserten Nachvollziehbarkeit sind wesentliche Elemente des Ergebnisplanes in der Tabelle 1 dargestellt. Bei entsprechenden Erläuterungen können über die angegebenen Verweise im Text (z.B. Zeile A, Spalte 6 für den geplanten Ertrag des Jahres 2013) diese in der Tabelle nachvollzogen werden.

	Auszüge Ergebnishaushalt in Mio. €	vorl. Erg. 09	vorl. Erg. 10	vorl. Erg. 11	Nach- trag 12	Plan 13	Plan 14	13 zu 12	14 zu 12	Schnitt 13/14	Schnitt 09/14
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
A	Summe Ertrag	204,0	209,9	248,1	233,9	<b>244,4</b>	<b>247,6</b>	10,5	13,7	246,0	231,3
+ B	Summe Aufwand	-223,2	-224,7	-235,9	-246,3	<b>-253,1</b>	<b>-255,5</b>	-6,8	-9,2	-254,3	-239,8
= C	Ergebnis	-19,2	-14,8	12,2	-12,4	<b>-8,7</b>	<b>-7,9</b>	3,7	4,5	-8,3	-8,5
- D	Liegenschaftser- gebnis <sup>1</sup>	1,2	0,9	15,4	3,3	<b>9,2</b>	<b>5,8</b>	5,9	2,5	7,5	6,0
= E	Strukturelle Last	-20,4	-15,7	-3,2	-15,7	<b>-17,9</b>	<b>-13,7</b>	-2,2	2,0	-15,8	-14,5
F	Allgemeine De- ckungsmittel <sup>2</sup>	93,1	97,4	109,2	101,1	<b>103,7</b>	<b>110,6</b>	2,6	9,5	107,2	102,5
G	Personalergebnis <sup>3</sup>	-62,7	-62,1	-63,9	-66,0	<b>-69,1</b>	<b>-70,0</b>	-3,1	-4,0	-69,6	-65,6
H	Ertrag Soziales	43,6	42,6	47,8	52,6	<b>56,1</b>	<b>58,6</b>	3,5	6,0	57,4	50,2
+ I	Aufwand Soziales	-85,6	-86,1	-89,8	-93,9	<b>-98,9</b>	<b>-100,6</b>	-5,0	-6,7	-99,8	-92,4
=J	Erg. Soziales Netto <sup>4</sup>	-42,0	-43,5	-42,1	-41,3	<b>-42,8</b>	<b>-42,0</b>	-1,5	-0,7	-42,4	-42,2
+ K	Personal Soziales	-18,4	-18,0	-18,5	-18,8	<b>-19,9</b>	<b>-20,4</b>	-1,1	-1,6	-20,2	-19,0
= L	Erg. Sozial Brutto	-60,4	-61,5	-60,6	-60,1	<b>-62,7</b>	<b>-62,4</b>	-2,6	-2,3	-62,6	-61,3

Tabelle 1: Auszüge Ergebnishaushalt [Entlastungen (+) Belastungen (-)]

Die Verbesserung der geplanten Ergebnisse für die Jahre 2013/2014 gegenüber dem Nachtrag 2012 um 3,7 Mio. Euro bzw. 4,5 Mio. Euro (C8, C9) resultieren aus den gegenüber dem Aufwand höher steigenden Erträgen (AB8, AB9).

<sup>1</sup> Erlöse aus der Veräußerungen von Grund und Boden abzüglich der Restbuchwerte dieser Flächen

<sup>2</sup> Steuern, Finanzzuweisungen insbesondere Gewerbesteuer, Schlüsselzuweisungen

<sup>3</sup> Personalerträge abzüglich Personal- und Versorgungsaufwand

<sup>4</sup> Erträge ohne Personalerträge abzüglich Aufwand ohne Personalaufwand im Aufgabenbereich Soziales und Jugend

### **Steuereinnahmen und Finanzausgleich als Zeichen konjunktureller Entwicklung**

Die durchschnittlichen allgemeinen Deckungsmittel der Jahre 2013/2014 (F10) betragen 107,2 Mio. Euro. Sie liegen damit 4,7 Mio. Euro über dem Mittelwert der Jahre 2009 – 2014. Dieser Verlauf zeigt die eingetretene Erholung von der Finanz- und Wirtschaftskrise an.

Die konsequente Umsetzung der Haushaltskonsolidierung unterstützt die Ertragssteigerungen. So konnte die Einnahmesituation durch Anhebung der Hebesätze im Bereich der Grund- und Gewerbesteuer ab dem Jahr 2011 um rund 3 Mio. Euro (Berechnungsbasis 2011) verbessert werden.

Inwieweit eine Rücknahme des vom Land ab 2007 vorgenommenen Eingriffs in den kommunalen Finanzausgleich in Höhe von jährlich 120 Mio. Euro die Ertragsituation weiter verbessert, bleibt abzuwarten. Die Auswirkungen dieses Eingriffs sind mit rund 4 Mio. Euro jährlich zu beziffern.

Entsprechende Arbeitsgruppen der Landesregierung und Verbände sind konstituiert und arbeiten an Modalitäten zur Aufstockung und Verteilung der Finanzausgleichsmasse.

Städte mit defizitären Haushalten sollen Fehlbetragszuweisungen und Konsolidierungshilfen erhalten (siehe 0939/2008/DS vom 02.03.12 i.V.m. 0362/2008/MV vom 24.09.12). Diese dürfen aus haushaltsrechtlichen Gründen nicht als Ansatz geplant werden, so dass im Ergebnis zum Haushaltsschluss Mehrerträge erzielt werden.

### **Personalergebnis durch Tarifsteigerungen und extern vorgegebenen Aufgabenzuwachs geprägt**

Das Personalergebnis zeigt im durchschnittlichen Ergebnis für die Jahre 2013/2014 von 69,6 Mio. Euro (G10) eine Steigerung von 3,6 Mio. Euro gegenüber dem Nachtrag 2012 (G5).

Die seit dem Jahr 2007 fortgeschriebene durchschnittliche Steigerungsrate durch Tarif- und Besoldungsanpassungen beträgt 3,34 % für die Gruppe der Beschäftigten und 2,77 % für die Gruppe der Beamten. Angewendet auf das Personalergebnis ergibt sich ein durch Tarif- und Besoldungsanpassungen bedingter Anstieg des Personalergebnisses um 2,1 Mio. Euro. Es verbleibt ein Anstieg des Personalergebnisses von rund 1,5 Mio. Euro, der durch extern vorgegebenen Aufgabenzuwachs geprägt ist. Als Abweichungsursachen sei mit Verweis auf die entsprechenden Drucksachen auf den Ausbau der Schulsozialarbeit, die personelle Verstärkung des Rettungsdienstes sowie insbesondere die personelle Aufstockung für die Betreuung der Kinder unter 3 Jahren verwiesen. So ist beispielsweise der Anstieg der Personalaufwendungen im Sozialen Bereich um durchschnittlich 1,4 Mio. Euro (K8, K9) zu 61 % durch die Aufgaben „Kinderbetreuung und Förderung“ geprägt.

### **Markanter Aufwendungszuwachs im sozialen Bereich<sup>5</sup> durch Erstattungen lediglich abgemildert**

Die Aufwendungen im sozialen Bereich steigen weiterhin markant. Sie betragen im Mittel der Jahre 2013/2014 99,8 Mio. Euro (I10). Damit übersteigen sie den Mittelwert der Jahre 2009 – 2014 (I11) deutlich um 7,4 Mio. Euro.

Das trotzdem ein Ergebnis auf dem Niveau des Mittels der Jahre 2009 – 2014 in Höhe von 42,4 Mio. Euro (J10) erzielt wurde, liegt an steigenden Erstattungen (insbesondere Grundsicherung); im Vergleich zum Nachtrag 2012 (H5) 3,5 Mio. Euro in 2013 und 6,0 Mio. Euro in 2014 (H8, H9). Trotzdem bleiben sie im Jahr 2013 mit 1,5 Mio. Euro und im Jahr 2014 mit 0,7 Mio. Euro hinter den Aufwandssteigerungen zurück (J8, J9). Die wesentlichen Ursachen werden im Folgenden kurz benannt; zur weitergehenden Begründung wird auf den Vorbericht und die entsprechenden Drucksachen verwiesen. Betrachtet werden die Mittelwerte der Jahre 2013/2014 gegenüber dem Nachtrag 2012.

---

<sup>5</sup> Sozialer Bereich = Erträge ohne Personalerträge abzüglich Aufwand ohne Personalaufwand im Aufgabenbereich Soziales und Jugend

#### *Grundversorgung und Hilfen nach dem SGB XII*

Die Aufwandssteigerungen betragen rund 1,4 Mio. Euro, davon rund 0,8 Mio. Euro im Bereich der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung und 0,6 Mio. Euro im Bereich Hilfe zur Pflege. Ca. 95 % und damit rund 4,5 Mio. Euro der Ertragssteigerungen sind dem SGB XII und innerhalb dessen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung zuzuordnen. Nach letzter Änderung der Modalität der Grundsicherungserstattung erhält die Stadt Neumünster im Jahr 2013 75 % der tatsächlichen Aufwendungen des Jahres 2013 und im Jahr 2014 100 % der tatsächlichen Aufwendungen des Jahres 2014 erstattet. Die zusätzlichen Erstattungen übersteigen somit den Zuwachs an Aufwand um rund 4,3 Mio. Euro.

Inwieweit weitere notwendige Entlastungen für Leistungen des SGB XII erfolgen, hängt von der konkreten Ausgestaltung des momentan in der Beratung befindlichen Bundesleistungsgesetzes ab. Nach dem derzeitigen Diskussionsstand ist davon auszugehen, dass möglicherweise die Eingliederungshilfe in Teilbereichen reformiert wird und unter anderem eine Kostenbeteiligung durch den Bund zu erwarten ist.

#### *Leistungen der Kinder- Jugend- und Familienhilfe SGB VIII*

Die Aufwandssteigerungen betragen rund 0,7 Mio. Euro, davon jeweils rund 0,2 Mio. Euro bei den Hilfen zur Erziehung und Hilfen für junge Volljährige. 0,3 Mio. Euro Aufwandszuwachs entfallen auf den Bereich der vorläufigen Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen. Die Erstattungssteigerungen bleiben mit ca. 0,2 Mio. Euro hinter den Aufwandssteigerungen zurück.

*Tageseinrichtungen für Kinder und Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen*

Die Aufwandssteigerungen betragen im Jahr 2013 2,9 Mio. Euro und im Jahr 2014 3,9 Mio. Euro. Zusätzlich steigen die Personalaufwendungen für diesen Bereich um 0,7 Mio. Euro in 2013 und 1,0 Mio. Euro in 2014. Dies entspricht einer durchschnittlichen zusätzlichen Belastung für die Stadt Neumünster von ca. 4,3 Mio. Euro gegenüber dem Nachtrag 2012 und damit rund 60 % des Belastungszuwachses im Sozialen Bereich. Bereinigt um den Einfluss von Tarifanpassungen (ca. 0,3 Mio. Euro) wird eine plausibel durch Aufgabenzuwachs bedingte zusätzliche Belastung im Aufwand von rund 4 Mio. Euro sichtbar. 2,8 Mio. Euro verbleiben nach Abzug der Ertragssteigerungen von rund 1,2 Mio. Euro. Im Wesentlichen sind diese Belastungszuwächse auf den Ausbau der U3- Betreuung zurückzuführen.

Eine erhöhte Beteiligung des Landes an den Betriebskosten zur Betreuung unter 3-jähriger ist momentan in der Ausgestaltung begriffen; grundsätzlich wird bereits 2013 mit weiteren Zuweisungen gerechnet. Eine Aussage über die Höhe der Entlastung lässt der derzeitige Verhandlungsstand noch nicht zu.

*Personalergebnis im Sozialen Bereich*

Der soziale Bereich prägt das Personalergebnis der Stadt Neumünster durchschnittlich zu 30 %, Aufgabenzuwächse in diesem Bereich belasten den Haushalt daher entsprechend zusätzlich stark zu steigenden Transferaufwendungen und Besoldungsanpassungen.

### **Liegenschaftsergebnisse weiter auf hohem Niveau**

Wurde das durch Veräußerungen von Liegenschaften erzielte Ergebnis im Jahr 2011 insbesondere durch die Verkaufserlöse für das Designer Outlet Center (DOC) geprägt (D4), zeigen sich für die Ergebnisse 2013/2014 (D6, D7) schwerpunktmäßig die geplanten Veräußerungen von Flächen im Zusammenhang mit dem Industriegebiet Süd (B-Plan 116), der Entwicklungsfläche Nord (B-Plan 177) sowie anstehender Unternehmensumsiedlungen verantwortlich.

Liegenschaftsergebnisse sind schwer kalkulierbar und unterliegen insbesondere externen Einflussfaktoren wie Konjunktur- und damit einhergehenden Nachfrageschwankungen und schließlich den Verhandlungsergebnissen mit Kaufinteressenten. Zur Ermittlung einer strukturellen Belastung (E) werden daher die Jahresergebnisse um Sondereffekte aus den Liegenschaftsergebnissen bereinigt.

### **Strukturelle Last durch Konsolidierung maßgeblich gesenkt**

Die Ausgangsprognose zum Zeitpunkt vor Beschlussfassung zur Konsolidierung (Drucksache 0668/2008/DS) ging von einer durchschnittlichen strukturellen Last von rd. 26 Mio. Euro für bis zum Jahr 2013 aus. Diese Prognose kann nun auf einen Durchschnittswert für die Jahre 2009 – 2014 von 14,5 Mio. Euro angepasst werden (E11). Diese positive Veränderung ist durch konkrete Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung erzielt worden. Im Rahmen des am 30.10.2010 durch die Ratsversammlung beschlossenen Konsolidierungspaketes sind Maßnahmen für die Entlastung des städtischen Haushaltes von rund 14,7 Mio. Euro beschlossen worden, die sich mit 2,7 Mio. Euro auf das Jahr 2010, mit 10,1 Mio. Euro auf das Jahr 2011 und mit 1,9 Mio. Euro auf die Jahre 2012 ff. verteilen. Bis zum heutigen Zeitpunkt konnten bereits rund 7,5 Mio. Euro bei 384 Maßnahmen kassenwirksam abgerechnet werden; beispielsweise durch Anhebung der Hebesätze im Bereich der Grund- und Gewerbesteuer ab dem Jahr 2011 rund 3 Mio. Euro jährliche Ertragsverbesserungen.

222 Maßnahmen mit einem geplanten Einsparvolumen von rund 5,7 Mio. Euro befinden sich zur Zeit noch in der Bearbeitung bzw. Abrechnung. Ein erster umfassender Bericht über die Entwicklung der Konsolidierungsmaßnahmen der Jahre 2010 bis 2012 wird im Zusammenhang mit der Jahresrechnung 2012 vorgelegt<sup>6</sup>.

---

<sup>6</sup> Zur Darstellung von Einzelmaßnahmen wird auf den Vorbericht verwiesen

### Investitionen tragen städtische Entwicklung

Der angespannten Haushaltslage entsprechend bleibt das Spannungsfeld aus vertretbaren und für die Aufgabenwahrnehmung und Entwicklung der Stadt Neumünster erforderlichen Investitionen erhalten.

Bei der Betrachtung der Orientierungsgröße für die Bewertung der vertretbaren Investitionsvolumina 2013 und 2014 wird die Entwicklung der Investitionsvolumina der letzten 10 Jahre (20,5 Mio. Euro) ergänzt um die Betrachtung der Entwicklung der Jahre 2009 – 2014 (22,3 Mio. Euro). Hiermit wird dem in den letzten Jahren überproportional wachsenden Aufgabenzuwachs (u.a. Umbau zu offenen Ganztagschulen, Ausbau der Kinderbetreuung) und den damit zusammenhängenden Investitionen Rechnung getragen. Auszahlungen für überschüssige Maßnahmen (Gesamteinzahlungen aller Jahre > Gesamtauszahlungen aller Jahre) werden aufgrund ihrer mittelfristig den Kreditbedarf verringernden Wirkung gesondert in die Bewertung einbezogen und daher von der Gesamtsumme abgesetzt (Nettoinvestitionen).

Vor diesem Hintergrund zeigt die folgende Tabelle 2 als Ausschnitt des Finanzhaushaltes die Investitionsauszahlungen seit 2009.

	Auszüge Finanzhaushalt in Mio. €	vorl. Erg. 09	vorl. Erg. 10	vorl. Erg. 11	Nach- trag 12	Plan 13	Plan 14	13 zu 12	14 zu 12	Schnitt 13/14	Schnitt 09/14
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
A	Investitionsaus- zahlungen	-15,0	-19,4	-20,9	-22,8	<b>-27,0</b>	<b>-28,8</b>	-4,2	-6,0	-27,9	-22,3

Tabelle 2: Investitionsauszahlungen seit 2009 [Entlastungen (+) Belastungen (-)]

Folgende Investitionsmaßnahmen prägen den Haushalt 2013/2014 maßgeblich:

- die für die Vermarktung der Entwicklungsfläche Nord (B-Plan 177) und des Gewerbegebietes Süd (B-Plan 116) erforderlichen Grunderwerbs- und Erschließungskosten; 2013 = 2,0 Mio. Euro, 2014 = 6,7 Mio. Euro
- Grunderwerb- und Erschließungskosten im Zusammenhang mit Unternehmensumsiedlungen in 2013 = 2,6 Mio. Euro
- Planung und Umbau der Mühlenhof- und Pestalozzischule zur offenen Ganztagschule; 2013 = 0,2 Mio. Euro, 2014 = 1,8 Mio. Euro
- Gefahrenabwehrzentrum mit Neubau der Feuer- und Rettungswache; 2013 = 6,5 Mio. Euro, 2014 = 5,7 Mio. Euro

Im Ergebnis liegen die Auszahlungen für Investitionen mit einem Durchschnittswert für die Jahre 2013/2014 bei 27,9 Mio. Euro (A10). Für eine plausible Beurteilung des Investitionsvolumens müssen aus o.g. Gründen die Auszahlungen überschüssiger Maßnahmen in Abzug gebracht werden. Diese betragen im Mittel der Jahre 2013/2014 5,7 Mio. Euro; die Überschüsse dieser Maßnahmen bis zum Jahr 2018 jedoch rund 13,8 Mio. Euro (im Wesentlichen B-Pläne 177, 116, Unternehmensumsiedlungen). Die Nettoinvestitionen liegen somit im Mittel der Jahre 2013/2014 bei 22,2 Mio. Euro und damit zwischen dem 10-Jahres-Schnitt von 20,5 Mio. Euro und dem durch Aufgabenzuwachs bedingten Schnitt der Jahre 2009 – 2014 von 22,3 Mio. Euro.

Im Ergebnis wird sich trotz Aufgabenzuwachs und veränderten Anforderungen (Ganztagsschulen / energetische Sanierungen / Gefahrenabwehrzentrum etc.) am Durchschnitt der Vorjahre orientiert.

## Neumünster im Vergleich

Um den Haushalt der Stadt Neumünster umfassender bewerten zu können, findet neben der isolierten Betrachtung des Haushaltes und seiner Entwicklung ein zusätzlicher Vergleich zu den kreisfreien Städten in Schleswig-Holstein statt.

Die folgende Tabelle stellt dazu die geplanten Fehlbedarfe und Auszahlungen für Investitionen in Relation zu Einwohnern im Vergleich der kreisfreien Städte dar:

	<b>Einwohner Stand 31.03.2011</b>	<b>Fehlbedarf 2013</b>	<b>Fehlbedarf je Einwohner</b>	<b>Investitionen 2013</b>	<b>Investitionen je Einwohner</b>
Lübeck	210.833	94.081.300 €	446 €	67.270.600 €	319 €
Kiel	242.215	77.200.000 €	319 €	60.800.000 €	251 €
Flensburg <sup>7</sup>	89.296	20.088.000 €	225 €	26.123.900 €	293 €
Neumünster	76.954	8.705.300 €	113 €	26.983.400 €	351 €
<b>Durchschnitt</b>	<b>154.825</b>	<b>50.018.650 €</b>	<b>323 €</b>	<b>45.294.475 €</b>	<b>293 €</b>

Tabelle 5: Fehlbedarfe und Investitionen der kreisfreien Städte in Schleswig-Holstein

Der Fehlbedarf 2013 von 113 Euro je Einwohner in Neumünster liegt unter dem Mittelwert der kreisfreien Städte von 323 Euro je Einwohner. Eine Planung auf dem Durchschnittsniveau hätte in Neumünster für 2013 zu einem Fehlbedarf von 24,9 Mio. Euro im Gegensatz zu dem geplanten Fehlbedarf von 8,7 Mio. Euro geführt.

Die Investitionen je Einwohner erreichen mit 351 Euro je Einwohner den höchsten Wert. Ursächlich hierfür sind die beschriebenen, maßgeblich die Entwicklung der Stadt Neumünster fördernden Investitionen, deren Volumen in 2013 = 11,3 Mio. Euro beträgt (u.a. Gefahrenabwehrzentrum, Umsetzung der B-Pläne 177 und 116, Umbau zu Ganztagschulen). Die Betrachtung der Nettoinvestitionen<sup>8</sup> führt zu einem Wert von 289 Euro je Einwohner und damit zu einem Investitionsvolumen (einschließlich der Sondermaßnahme Gefahrenabwehrzentrum) auf durchschnittlichen Niveau der kreisfreien Städte und dem Niveau der Vorjahre in Neumünster. Die Stadt Neumünster befindet sich damit weiterhin im Vergleich mit den anderen kreisfreien Städten in einer moderaten Lage, ohne dass Grund zur Entwarnung besteht.

<sup>7</sup> für die Stadt Flensburg sind die Investitionsvolumina aufgrund des hohen Ausgliederungsgrades nicht ohne Weiteres belastbar zu ermitteln. Es wurde daher das Durchschnittsniveau der restlichen kreisfreien Städte (inkl. Neumünster) zugrunde gelegt.

<sup>8</sup> Auszahlungen für Investitionen abzüglich der Auszahlungen für überschüssige Maßnahmen (Einzahlungen übersteigen Auszahlungen)

## **5. Zusammenfassung und Ausblick**

Zur bisherigen Haushaltsentwicklung und zum Doppelhaushalt 2013/2014 lassen sich folgende Eckpunkte zusammenfassen:

- Weiter optimierte Prozesse der Haushaltsaufstellung ermöglichen einen Haushaltsbeschluss vor den anstehenden Haushaltsjahren
- Die Haushaltsprognosen zum Zeitpunkt vor der Einleitung von Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen verbessern sich deutlich; so sinkt die Prognose der durchschnittlichen jährlichen Fehlbeträge von 26 Mio. Euro auf 14,5 Mio. Euro im Jahr 2014; die Prognose des Eigenkapitals kann von ursprünglich 15 Mio. Euro auf 60 Mio. Euro im Jahr 2014 angepasst werden
- Die Jahresfehlbeträge werden 2013 auf 8,7 Mio. Euro und 2014 auf 7,9 Mio. Euro festgesetzt
- Ertragsanstiege - insbesondere bei der Grundsicherung und Gewerbesteuer- sowie Aufwandsreduzierungen - maßgeblich durch Haushaltskonsolidierung - mildern den Anstieg der Defizite ab
- Im investiven Bereich wird trotz Aufgabenzuwachs und veränderten Anforderungen (Ganztagsschulen / energetische Sanierungen / Gefahrenabwehrzentrum etc.) mit Nettoinvestitionen von 22,2 Mio. Euro der Durchschnitt der Vorjahre erreicht.

Inwieweit durch sich abzeichnende bzw. sich in der Diskussion befindende Veränderungen die kommunalen Haushalte entlastet werden, bleibt abzuwarten.

Beispielhaft seien folgende Aspekte genannt:

- Beteiligung des Landes an den Betriebskosten zur U3- Betreuung
- Aufhebung des Eingriffs durch das Land in den kommunalen Finanzausgleich durch die neue Landesregierung (Belastung durch den Eingriff für Neumünster rund 4 Mio. Euro jährlich) und Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs
- Bundesbeteiligung an der Eingliederungshilfe; mit durchschnittlich 20 Mio. Euro jährlichen Aufwendungen für die Stadt Neumünster die prägende Aufwandsgröße im SGB XII

Auch zusätzlich Belastungen zeichnen sich bereits ab:

- Wegfall der Refinanzierung von Schulsozialarbeit im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes des Bundes
- Überprüfung der Refinanzierung des Bildungs- und Teilhabepaketes außerhalb von Schulsozialarbeit „Revision BuT“

Erkennbar bleibt, dass ein Abbau von Defiziten mit internen Maßnahmen unterlegt werden muss, aber allein nicht zu bewältigen ist und durch strukturelle Veränderungen in der kommunalen Finanzierung unterstützt werden muss. Dem Ziel eines -ohne Bezug von Konsolidierungshilfen- ausgeglichenen Haushaltes steht immer noch folgender Ist-Stand gegenüber: Der Erfüllung von Pflichten folgt Neuverschuldung!

Im Auftrage

Dr. Tauras  
Oberbürgermeister

Dörflinger  
Stadtrat

**Anlagen:**

- Entwurf der Haushaltssatzung 2013/2014
- Vorbericht
- Anlagen
- Ergebnisplan
- Finanzplan
- Übersichten über Erträge und Aufwendungen sowie Einzahlungen und Auszahlungen
- Teilpläne
- Anlagen Beteiligungen